



Antwort des Synodalrats

ZUR

Motion der Synodalen Meier-de Spindler, Germann, Schlegel für eine aktive Klimapolitik

**Antrag des Synodalrats:
Der Synodalrat beantragt, die Motion abzulehnen**

Ausgangslage

Die Motionäre/-innen fordern vom Synodalrat einerseits, sich aktiv in die politische Debatte um die Klimapolitik einzumischen (Antrag 1). Andererseits fordern die Motionäre/-innen die Initialisierung eines Projektes "Bewahrung der Schöpfung" mit dem Ziel, den Energieverbrauch zu reduzieren und eine umweltverträgliche Beschaffungspolitik zu betreiben. Für dieses auf drei Jahre anzulegende Projekt sollen Mittel von brutto CHF 300'000.-- bereit gestellt werden. Ebenso soll eine Fachperson eingesetzt werden, die das Projekt koordiniert (Anträge 2 und 3).

Erwägungen

Der Synodalrat unterstreicht, dass ihm die Bewahrung der Schöpfung ein vordringliches Anliegen ist. Er pflichtet den Motionären/-innen bei, dass aktive Klimapolitik eine Aufgabe ist, bei der auch die Kirche sich in den Diskurs einmischen und durch ihr Handeln eine Vorbildrolle einnehmen soll. Die Kirche ist denn auch bereits heute in verschiedenen Feldern aktiv:

- Der Synodalrat unterstützt die Fachstelle oeku via direkte Projektbeiträge mit jährlich CHF 30'000.-- und via indirekte KiKo-Beiträge von jährlich CHF 7'500.--. Die oeku führt zum Beispiel seit Jahren Energiesparkurse für Sigristen und Sigristinnen sowie Gebäudeverantwortliche der Kirchgemeinden durch. Auch wurde Dank der Unterstützung des Synodalverbandes ein Lehrmittel "Bibel Umwelt Unterricht" von der oeku herausgegeben, das sich ausgezeichnet eignet, um ökologische Fragen im Religionsunterricht und in der KUW zu thematisieren.
- Brot für alle als kirchliches Hilfswerk fokussiert 2009 mit seiner ökumenischen Kampagne auf den Klimawandel. Kirchgemeinden werden aufgefordert, ihre Hausaufgaben zu machen und ihren Energieverbrauch zu senken. Dafür steht ein CO₂-Rechner, den Brot für alle mit der Fachstelle oeku entwickelt hat, als Hilfsmittel zur Verfügung.
- Brot für alle treibt zudem in einem speziellen Projekt die Sensibilisierung der Öffentlichkeit in der Schweiz zur Thematik des CO₂-Ausstosses voran; dafür wird eine Postkartenaktion durchgeführt, in der Bürgerinnen und Bürger an Politikerinnen und Politiker

- appellieren, sich für ein faires Post-Kyoto-Protokoll einzusetzen. Dazu gehört ebenfalls, dass auch Projektpartnerinnen und -partner im Süden für die Thematik sensibilisiert werden müssen und der Aufbau eines Klimafonds vorangetrieben wird. Dafür wird Brot für alle im Jahr 2009 mit Geldern der OeME-Kommission Bern-Stadt unterstützt.
- Der SEK hat eine Studie zu Energieethik herausgegeben, in der für die 2000-Watt-Gesellschaft plädiert wird. Die Kirchen werden aufgefordert, eine Spiritualität der Gängigkeit zu entwickeln und weniger Energie zu verbrauchen, vor allem in Bezug auf Gebäude und in Bezug auf das Mobilitätsverhalten. Entsprechende Sensibilisierungskampagnen sind integrierender Bestandteil des SEK-Aufgabenkataloges. Konferenzen und Publikationen des SEK sorgen dafür, dass die Stimme der Kirche in der politischen Debatte gehört wird.
- Auf Ebene der gesamtkirchlichen Dienste wird einer ökologischen Beschaffungspolitik Rechnung getragen, beispielsweise bei den kürzlich getätigten Ersatzanschaffungen in der Informatik.

Die oben aufgeführten Beispiele zeigen, dass die Kirche eine ernst zu nehmende Partnerin im laufenden Diskurs ist mit dem Ziel, einen Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung zu leisten. Der Synodalrat mischt sich aktiv in die laufenden Klimadebatten ein und beteiligt sich direkt oder indirekt via konkrete Projekte an einem haushälterischen Umgang mit beschränkt zur Verfügung stehenden Energieressourcen sowie an einem Überdenken des eigenen Energiehandelns. Antrag 1 der Motionäre/-innen kann demnach als erfüllt betrachtet werden.

Staat und Kirche verfolgen vergleichbare Zielsetzungen. Die bernische Regierung setzt Nachhaltigkeit als oberste Maxime ihres Handelns im Rahmen ihres Legislaturprogrammes 2007-2010 an. Die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion fördert beispielsweise durch Anreizsysteme ökologische Bauweisen.

Der Synodalrat zweifelt jedoch, dass die weiteren Forderungen der Motionäre/-innen in Anträgen 2 und 3 die gewünschte Wirkung zeigen werden. Was die Motion fordert, wird nämlich von anderen Stellen mit grösserem Mitteleinsatz bereits getan. So können die Kirchgemeinden zum Beispiel beim Staat und bei anderen Stellen Rat holen, wenn sie ihre Gebäude ökologisch sanieren wollen. Mit der Erfüllung der Motion werden somit Parallelstrukturen aufgebaut, die, wenn überhaupt, lediglich geringen Nutzen schaffen werden.

Zu bedenken gibt der Synodalrat auch den beschränkten Einflussbereich, was die Gebäude in den Kirchgemeinden anbelangt. Die Pfarr- und Gemeindehäuser gehören dem Staat oder den Kirchgemeinden. Die Einflussnahme durch Refbejuso in Fragen der ökologischen Bewirtschaftung könnte von den Kirchgemeinden als Verstoss gegen die Gemeindeautonomie empfunden werden. Der Synodalrat sieht auch keine Möglichkeit, mit Bau- oder Sanierungsbeiträgen finanzielle Anreize zu schaffen, da der Synodalverband dadurch in Konkurrenz zum indirekten Finanzausgleich unter den Kirchgemeinden treten würde.

Die obigen Ausführungen zeigen, dass die Kirche sich bereits heute aktiv für eine ökologische und nachhaltige Klimapolitik engagiert. Sie macht dadurch deutlich, dass ihr die Bewahrung der Schöpfung ein wichtiges Anliegen ist. Aufgrund der Einschätzungen des Synodalrates werden jedoch von der Motion unnötige Parallelstrukturen gefordert, die kaum geeignete Wirkungen erzielt würden. Deshalb beantragt der Synodalrat die Ablehnung der Motion.

Der Synodalrat